



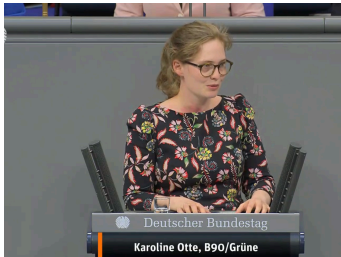
Liebe Leser:innen,

wir Grünen machen die Vorschläge, die unsere Kommunen verdient haben.

Mehr Gestaltungsspielräume, mehr Finanzmittel, mehr Investitionen vor Ort – der Beschluss der Grünen Partei hat es in sich ([hier findet ihr den vorläufigen Text](#), der finale Beschluss wird dann bald auf der [Grünen-Website zu finden sein](#)). Ich freue mich, dass sich viele von uns gemeinsam und erfolgreich für eine wegweisende Kommunalpolitik eingesetzt haben. Wir fordern ein Sofortprogramm für starke kommunale Kassen! Wir fordern Umsatzsteuerpunkte für die Städte und Gemeinden, damit schnell klar ist: im nächsten Jahr kommt spürbar mehr Geld in die Kassen und die Handlungsfähigkeit ist gewährleistet. Mehr Spielräume, z.B. bei der Verpackungssteuer, verlässliche Übernahme von Sozialkosten oder die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge – wir fordern wirklich in vielen Bereichen Verbesserungen. Auch für meine Arbeit ist der Beschluss eine gute Grundlage – schaut mal rein!

Den Druck müssen wir weiter aufrechterhalten, denn die **Bundesregierung liefert aktuell noch nichts**. Die angekündigte **Altschuldenlösung** ist trotz anderer Versprechen noch keine beschlossene Sache, auch der **Mindesthebesatz für die Gewerbesteuer** kommt noch nicht. In meiner Rede habe ich das kritisiert und gefragt, wann die Bundesregierung endlich gegen Steueroasen innerhalb der Bundesrepublik vorgeht.

Mit dem Rechtskreiswechsel für Ukrainer:innen plant die Bundesregierung darüber hinaus auch noch Verschlechterungen für die Finanzlage und erschwert die Integration in den lokalen Arbeitsmarkt. Das Gesetzesvorhaben soll nun Anfang nächsten Jahres eingebracht werden und dennoch rückwirkend gelten. All das hilft keiner einzigen Person in Deutschland, aber es macht unseren Kommunalverwaltungen das Leben schwerer. **[Das gesteht auf meine Nachfrage sogar die Bundesregierung ein](#)** (ab 38:15 Min.). Wenn die Bundesregierung sich nicht für die Interessen der Kommunen einsetzt, dann erwarte ich dies bei diesem Gesetzgebungsverfahren zumindest vom Bundesrat – auch hierauf werden wir im neuen Jahr genau schauen.



Reden zum Mindeststeuergesetz und zu AfD- Steuerpolitik

Im November habe ich zwei Reden gehalten. Eine Rede dazu wie die AfD mit ihrem Steuerkonzept unser Land noch ungleicher machen würde, als es jetzt schon ist. Und eine Rede, in der ich aufzeige, dass die aktuelle Regierung dem anscheinend in nichts nachstehen will und schon jetzt den riesigen US-Digitalkonzernen Milliarden an Steuern schenkt. Mit dieser Geschichte hat sich auch die Zeit befasst, der ich ein Statement gegeben habe, wie es wohl dazu kam.



Ukrainer:innen Bürgergeld zu streichen ist rechtspopulistische Quatschpolitik!

Die Bundesregierung plant, geflüchteten Ukrainer:innen künftig nur noch Asylbewerberleistungen statt Bürgergeld zu zahlen. Das heißt: Weniger Unterstützung für die Menschen und höhere Kosten für Kommunen, die einen Großteil tragen müssten. Offiziell soll der Staat sparen, faktisch steigen die Kosten sogar. Statt Solidarität gibt es Abschreckung – auf Kosten der Menschen und des gesellschaftlichen



Bundesdelegierte Konferenz – Klimaschutz und Gerechtigkeit!

Der Grüne Bundesparteitag hat sich nicht nur mit der kommunalen Finanzkrise beschäftigt. Effektiver Klimaschutz erfordert die Bekämpfung der Vermögensungleichheit. Die wohlhabendsten 1% tragen unverhältnismäßig stark zur CO2-Emission bei, während Menschen mit geringem Einkommen die Hauptlast der Klimafolgen tragen. Die Überreichen müssen sich deutlich stärker an der Lösung beteiligen, beispielsweise durch die Privatjetsteuer, um Luxuskonsum zu

Zu meinen Reden

Zusammenhalts.
Darüber habe ich mit
der taz gesprochen.

verteuern. Wir setzen
uns für Busse statt
Privatjets und eine
gerechte Klimapolitik
ein, die allen ein gutes
Leben ermöglicht.

Mein Statement im
Artikel

BDK Instagram-Post



Unser Landratskandidat!

Ich freue mich, dass wir mit Jakob Reiter einen tollen Kandidaten für Northeim bei den Kommunalwahlen 2026 gefunden haben. Als selbstständiger IT-Berater bringt Jakob Reiter frische Impulse sowie Expertise in Digitalisierung und Kommunikation ein, um veralteten Denkmustern entgegenzuwirken. Sein Fokus liegt auf einer zukunftsorientierten Kreispolitik, die den ländlichen Raum durch bessere Bildungsangebote, bedarfsgerechten Nahverkehr und innovative Wirtschaftsförderung attraktiv halten will.



Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in Wolfsburg

Es war ein **toller Parteitag**, der Mut macht. Ein Parteitag, der Hoffnung bringt. Wir sehen, dass wir das Feld nicht den Rechtspopulist:innen und Rückwärtsgewandten überlassen, das und wie wir Widerstand leisten können. Im Mittelpunkt des Landesparteitags stand die Grüne Wirtschaftspolitik für Niedersachsen.

Mehr Eindrücke und Bilder der LDK
auf Instagram

Infos, Veranstaltungen und Seminare

Online-Veranstaltung von "Die andere Kommunalpolitik Thüringen e.V." (DAKT) zum Thema Rechtsextremismus

Die Veranstaltung ist zwar schon vergangen, aber zum Glück für alle die sich interessieren und die es verpasst haben, hat der DAKT eine Aufzeichnung der Online-Veranstaltung „Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus – Handlungsspielräume und Herausforderungen“ zur Verfügung gestellt. Darin werden Fragen behandelt wie wir in Kommunalpolitik und Verwaltung auf lokaler Ebene mit Rechtsextremismus und rechtsextremer Gewalt umgehen können. Welche Handlungsmöglichkeiten bestehen – und wo liegen die größten Herausforderungen?

[Zur Aufzeichnung](#)

Beitrag des DGB zum Investitionsstau

Der Beitrag „Investitionsstau: Kommunale Finanzen stärken“ des DGB Niedersachsen beleuchtet eindrücklich, wie dramatisch viele Kommunen in Niedersachsen unter fehlenden Investitionen und chronischer Unterfinanzierung leiden. Neben maroden Schulen und kaputter Infrastruktur steht vor allem die Lebensqualität vor Ort auf dem Spiel. Für Kommunalpolitiker:innen – und alle, denen funktionierende Gemeindestrukturen am Herzen liegen – ist das ein klarer Aufruf: Wir brauchen nachhaltige Finanzierung statt Flickschusterei.

[Zum Beitrag](#)

Learnings aus Webinar "Erfahrungen und Strategien - Umgang mit der AfD"

Im Rahmen des vom stellvertretenden Bundesvorsitzende, Heiko Knopf, veranstalteten Webinars: „Erfahrungen und Strategien - Umgang mit der AfD“ tauschten kommunale Mandatsträger*innen und politische Verantwortliche am 28.10.2025 ihre Erfahrungen im Umgang mit der AfD aus. Im Mittelpunkt standen praktische Strategien aus den Kommunalparlamenten, persönliche Erlebnisse sowie Einschätzungen zum Umgang mit AfD-Mitgliedern, Anträgen und Wähler:innen. Für alle Grünen Mitglieder gibt es die Learnings aus dem Webinar zum nachlesen

[Zum Webinar](#)

Muster-Antrag zum Abbau unsichtbarer Barrieren

Meine Kollegin Corinna Rüffer, Berichterstatterin für Behindertenpolitik, stellt einen Muster-Antrag für kommunalpolitisch aktive Grüne zur Verfügung. Der Antrag, den ihr gerne für eure Ratsarbeit einsetzen könnt, zielt darauf ab, unsichtbare Barrieren vor Ort abzubauen und mit einfachen Mitteln wie der "Stillen Stunde" die Inklusion auch von Menschen mit Autismus und anderen Formen der Neurodivergenz voranzubringen

[Zum Antrag](#)

Neuer Förderaufruf „Gemeinsam gegen Leerstand“

Gesucht werden bis zu 13 Modellregionen, die Strategien zum Umgang mit Leerstand in ländlichen Räumen entwickeln und umsetzen. Die Handlungsbereiche umfassen Analyse, Strategieentwicklung und -umsetzung, Kompetenzaufbau und Bürger:innenbeteiligung. Die Modellvorhaben werden von einer Projektassistenz begleitet und durch Beratung und Schulungen unterstützt.

[Alle Infos](#)

Nutzt deine Kommune schon die StVO-Novelle?

Die Deutsche Umwelthilfe ist an der konkreten Anwendung der neuen rechtlichen Möglichkeiten vor Ort interessiert und will daher gerne wissen: Welche Maßnahmen auf Grundlage der StVO-Novelle sind in Ihrer Kommune in Planung oder werden bereits umgesetzt?

[Zur StVO-Novelle](#)

Pressemitteilung von Claudia Müller und Julia Schneider zum Klimaschutzhaushalt

Die Koalition hat einen „Klimasparhaushalt“ beschlossen - mit spürbaren Einschnitten bei Umwelt-, Klima- und Naturschutz (der Anteil dieser Ausgaben im Gesamthaushalt sinkt um rund 1,3 Mrd. €). Für uns als Kommunalpolitiker:innen heißt das: Klimaschutz darf nicht zur leeren Floskel verkommen - gerade jetzt brauchen unsere Städte und Gemeinden stabile Investitionen in nachhaltige Infrastruktur und klimafeste Daseinsvorsorge.

[Zur Pressemitteilung](#)

Evangelische Akademie Loccum

Das neue Halbjahresprogramm der Evangelischen Akademie Loccum ist da. Es gibt wieder einige interessante Veranstaltungen:

[Mehr Infos und Anmeldung](#)

Hast Du Nachfragen oder Feedback zum Newsletter?
Wende Dich einfach an mein Büro: karo.otte@bundestag.de



Karoline Otte MdB

Platz der Republik 1, 11011, Berlin

Diese Email wurde an {{ contact.EMAIL }} gesendet.

Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Deabonnieren](#)